

INGO HAMM
RECHTSANWALT

Anwaltsbüro
Am Hülsenbusch

ANGELIKA MANZKE
RECHTSANWÄLTIN

Am Hülsenbusch 5
44803 Bochum
Tel. 0234 - 93562
Fax 0234 - 935626

Anwaltsbüro Am Hülsenbusch 54 • 44803 Bochum

Konto
Ökobank Frankfurt
BLZ 500 901 0
Kto-Nr. 1024713

Landgericht Düsseldorf

Neubrückstraße 3

40213 Düsseldorf

Bochum, den 24.04.2007

Zeichen/Betreff

Mermigidis ./ Kückelhaus u. a

wv 98/350

K l a g e

des Dr. Georg Mermigidis, Rotkreuzstr. 4, 73479 Ellwangen/Jagst

- Kläger -

Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwaltskanzlei Hamm und Manzke, Am
Hülsenbusch 54, 44803 Bochum

gegen

1. Dr. Ingo Uhlendorf, Paulinerstr. 13, 45881 Gelsenkirchen

- Beklagter zu 1 -

2. Dipl. Betriebsw. Achim Kückelhaus, Am Stammensberg 14 b, 45219 Essen

- Beklagter zu 2 -

3. Dr. Dieter Jestel, Brauckweg 2, 44579 Castrop-Rauxel

- Beklagter zu 3 -

4. Dipl. – Phys. Matthias Klockhaus, Schonnebeckstr. 11, 45884 Gelsenkirchen

- Beklagter zu 4 -

wegen:

Erfinderanteilen

In o.a. Verfahren zeigen wir an, dass wir den Kläger vertreten. Eine auf uns lautende Vollmacht liegt bei.

Kraft dieser Vollmacht erheben wir Klage und bitten um Anberaumung eines Termins zur mündlichen Verhandlung für die wir folgende Anträge ankündigen:

1. *Es wird festgestellt, dass dem Kläger an der Erfindung, welche u. a. Gegenstand der Patentanmeldung Deutschland 19937910. 6- 45 „Elektrode und photoelektrochemische Zelle sowie Verfahren zur Herstellung einer kohlenstoffhaltigen druckfähigen Paste und einer Elektrode“ ist, das alleinige Erfinderrecht zusteht.*
2. *Die Kosten des Rechtsstreits tragen die Beklagten*

Für den Fall des Fernbleibens der Beklagten im Termin zur mündlichen Verhandlung:

Den Erlass eines Versäumnisurteils mit obigen Inhalt.

Für das Verfahren beantrage ich:

Dem Kläger wird Prozeßkostenhilfe unter meiner Beiordnung gewährt.

Die Erklärung zu den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Klägers liegt bei.

Ich bitte die Klage nur im Falle vorherigen Bewilligung der Prozeßkostenhilfe zuzustellen.

B e g r ü n d u n g :

Die Beklagten berühten sich ihnen nicht zustehender Erfinderanteile an einer alleinigen Erfindung des Klägers.

Der Kläger war in der Zeit vom 01.08.1998 bis zum 31.10.1998 für das „Institut für Angewandte Photovoltaik“ GmbH, Munscheidstr. 14, 45886 Gelsenkirchen tätig. Die Beklagten waren und sind zum Teil noch immer dort beschäftigt.

Während dieser Zeit erfand der Kläger ein Verfahren zum Herstellen einer kohlenstoffhaltigen, druckfähigen Paste, welche insbesondere als Elektrodenmaterial für eine photoelektrische Zelle dient, mit den Schritten, wie sie in der Patentanmeldung Nr. 19937910.6 – 45 „Elektrode und photoelektrochemische Zelle sowie Verfahren zur Herstellung einer kohlenstoffhaltigen druckfähigen Paste und einer Elektrode“ formuliert wurden.

Der Kläger meldete seine Erfindung als Dienstleistung gem. § 5 ArbNEerfG mit Schreiben vom 02.11.1998 an, worauf der seinerzeitige Arbeitgeber mit Schreiben vom 26.02.1999 die volle Inanspruchnahme erklärte.

Beweis: Vorlage des Schreibens des Klägers vom 02.11.1998, in der Anlage als Kopie (Anlage 1).

Vorlage des Schreibens des Instituts für Angewandte Photovoltaik GmbH vom 26.02.1999, in der Anlage als Kopie (Anlage 2).

Im Nachgang hierzu leistete der Kläger erhebliche und entscheidende Unterstützung bei der Formulierung der Patentansprüche.

Beweis im Bestreitensfall: Vorlage der diesbezüglichen Korrespondenz des Klägers mit dem „Institut für Angewandte Photovoltaik“ – im folgenden INAP – sowie Vorlage der Korrespondenz mit dem durch diese beauftragten Patenanwälte Boehmert & Boehmert, Bremen

Mit Schreiben vom 10.08.1999 meldeten die vorgenannten Anwälte die aus der Erfindung des Klägers resultierenden Patentansprüche beim Deutschen Patent- und Markenamt im Namen der INAP in München an.

Beweis: Vorlage des Anmeldungsschreibens der Anwaltssozietät Boehmert & Boehmert vom 10.08.1999, in der Anlage als Kopie (Anlage 3).

Mit Schreiben vom 15.05.2000 teilte die INAP dem Kläger mit, dass sie die streitbefangene Patentanmeldung Nr. 19937910.6-45 nicht weiter verfolgen würde. Als Erfinder seien in der Patentanmeldung neben dem Kläger und den Beklagten auch der Geschäftsführer der INAP, Herr Peter Hanke benannt worden, dieser erklärte indes mit gleichem Schreiben seinen Verzicht auf sämtliche Rechte aus der Erfindung, die Gegenstand der Patentanmeldung ist, und stellte es in das Belieben des Klägers, ob dieser die Patentanmeldung weiter betreiben wolle und wie er sich bezüglich der besagten Patentanmeldung mit den übrigen als Erfinder benannten Personen einigt.

Beweis: Vorlage des Schreibens der INAP vom 15.05.2001, in der Anlage als Kopie (Anlage 4).

Zuvor war dem Kläger mit Schreiben vom 28.10.1999 ein vorläufiger Erfinderanteil von 40 % zugesichert worden.

Beweis: Vorlage des Schreibens der INAP vom 28.10.1999, in der Anlage als Kopie (Anlage 5).

Der Kläger betreibt die Anmeldung des Patents als Anmelder und alleiniger Erfinder weiter. Die durch die INAP beauftragte Anwaltssozietät Boehmert & Boehmert hat ihr Mandat nieder gelegt.

Beweis: Vorlage des Schreibens an den Kläger und an das Patentamt der Anwaltssozietät Boehmert & Boehmert vom 12.07.2000, in der Anlage als Kopie (Anlage 6).

Vorlage des Schreibens des Klägers vom 13.07.2000 an das Patentamt, in der Anlage als Kopie (Anlage 7).

Problematisch für den Kläger ist, dass die Beklagten, die sämtlich von Seiten der INAP als Erfinder benannt wurden, zum einen der Übertragung der Erfinderrechte auf den Kläger nicht zustimmen und zum anderen das Anmeldeverfahren nicht betreiben, ferner dass Sie auf eine Nennung als Erfinder bestehen, obwohl sie keinerlei Beitrag zur Erfindung des Klägers geleistet haben.

Beweis: Vorlage des Schreibens des Patent- und Markenamts vom 01.08.2000, in der Anlage als Kopie (Anlage 8).

Der Kläger hat vorprozessual sämtliche Beklagte aufgefordert, eine entsprechende Verzichtserklärung zu unterzeichnen. Dies ist von allen Beklagten abgelehnt worden.

Beweis: Vorlage des Schreibens des Beklagten zu 1 vom 02.01.2001, in der Anlage als Kopie (Anlage 9).

Vorlage des Schreibens des Beklagten zu 2 vom 03.01.2001, in der Anlage als Kopie (Anlage 10)

Vorlage des Schreibens des Beklagten zu 3 vom 12.12.2000, in der Anlage als Kopie (Anlage 11)

Vorlage des Schreibens des Beklagten zu 4 vom 07.12.2000, in der Anlage als Kopie (Anlage 12)

Dem Kläger gebührt das alleinige Erfindungsrecht. Er allein hat die Erfindung, nämlich das Verfahren zur Herstellung einer kohlenstoffhaltigen druckfähigen Paste und einer Elektrode entwickelt. Allenfalls aus der bei der seinerzeitigen Einstellung des Klägers bei der INAP formulierten Aufgabenstellung könnte ein Hinweis auf die Erfindung gesehen werden, die INAP selbst hat allerdings auf jedwede Inanspruchnahme des Patentes und die Erfindernennung verzichtet. Der Kenntnisstand der INAP und deren jetzt beklagten Mitarbeiter entsprach allenfalls Stand der Technik, wie er auch in dem US-Patent 525440 niedergelegt ist. Der Kläger war demgegenüber aufgrund seiner Vorbildung – bereits seine Doktorarbeit beschäftigte sich mit einem vergleichbaren Problemkreis, nämlich der Metallisierung von Melaminfasern (bestimmte Kunststofffasern), was zur elektrischen Leitfähigkeit führt – in der Lage, wirklich neue Wege zu gehen.

Diploma
Volltext

Die eigentliche Erfindung, nämlich das Herstellen einer Gegenelektrode ohne Brennvorgang ist selbständig und allein vom Kläger erdacht und entwickelt worden, von Seiten der INAP war allein die Aufgabenstellung bei Einstellung, wie dies auch aus der der Anlage beigefügten Erfindermeldung des Klägers vom 02.11.1998 deutlich wird. Die Erfindung des Klägers ist schlichtweg ohne Bezug zu den seinerzeitigen Tätigkeiten der Beklagten.

Ich bitte der Klage daher statt zu geben.

Walter Venghaus

Rechtsanwalt



12. Juni 2001

AUS DEM SIEPEN & COLLEGEN

RECHTSANWÄLTE • NOTARE

Aus dem Siepen & Kollegen,
Am Rüttenscheider Stern, 45130 Essen

An das
Landgericht Düsseldorf
- 4. Zivilkammer -
Neubrückstr.3

40213 Düsseldorf

WILLI AUS DEM SIEPEN
RECHTSANWALT UND NOTAR
DR. WILLI WIESELER
RECHTSANWALT UND NOTAR
KARL-DIETRICH POTH
RECHTSANWALT UND NOTAR
BODO BOSS (- 2000)
RECHTSANWALT UND NOTAR
CLAUDIA LINDEMANN
RECHTSANWÄLTIN
MARGOT MÜHLE
RECHTSANWÄLTIN UND NOTARIN
PEER JANSEN
RECHTSANWALT
DIRK ROWEDA
RECHTSANWALT
PHILIPP BRÜCK
RECHTSANWALT

DATUM	AKTENNUMMER	SEKRETARIAT	BEARBEITENDER RA
07.06.01	02 2001 000123	FR.NIGGEMANN	DR.WIESELER

IN COOPERATION MIT
DIPL.-KFM. KAI BERTHOLD
STEUERBERATER

In dem Rechtsstreit
Dr.Mermigidis / Uhlendorf, Kückelhaus u.a
4 0 148/01

bestellen wir uns kraft erteilter Vollmacht als Verfahrens- und Prozeßbevollmächtigte
aller vier Beklagten.

Wir beantragen,

den Prozeßkostenhilfeantrag des Klägers vom 24.April 2001 sowie dessen Kla-
ge kostenpflichtig zurückzuweisen.

Begründung:

Weder der Prozeßkostenhilfeantrag noch die Klage sind sachlich gerechtfertigt und in-
folgedessen kostenpflichtig zurückzuweisen. Denn alle Verfahrensanträge sind schon
nach dem eigenen Vortrag des Antragstellers und Klägers unbegründet.

AM RÜTTENSCHIEDER STERN
(KARSTADT-HAUS)
45130 ESSEN

TELEFON: 0201 / 72 00 90
TELEFAX: 0201 / 78 18 41

COMMERZBANK ESSEN
KONTO-NR.: 3 105 582
BLZ: 360 400 39

eMail: a.d.Siepen.pp@t-online.de
www: <http://www.ausdemSiepen.de>

SPARKASSE ESSEN
KONTO-NR.: 8 358 202
BLZ: 360 501 05

POSTBANK ESSEN
KONTO-NR.: 50666 - 436
BLZ: 360 100 43

1. Was den Antrag auf Prozeßkostenhilfe angeht, so waren den Abschriften für die Beklagten die Erklärung des Klägers zu den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen nicht beigelegt. Wir ersuchen das Gericht, uns zumindestens eine Fotokopie dieser Erklärung zur Verfügung zu stellen. Bis dahin widersprechen wir deren Verwertung.

Der Kläger ist einerseits nicht arm im Sinne des Gesetzes, andererseits hat seine Klage auch keinerlei Aussicht auf Erfolg.

2. Der Kläger ist vermögend und kann infolgedessen sehr wohl die Verfahrenskosten aus eigenen Mitteln aufbringen. Das ergibt sich unter anderem besonders deutlich aus seinem Schreiben vom 13. Juli 2000 an das deutsche Patent- und Markenamt in München (Anlage 7 der Klageschrift). In diesem Schreiben teilt er dem deutschen Patent- und Markenamt wörtlich mit: „Für dringende Anfragen können Sie mich bis Ende November im Urlaub unter erreichen“. Aus der angegebenen Anschrift ergibt sich eindeutig und zweifelsfrei, daß sich der Kläger von Juli 2000 bis Ende November 2000 in Griechenland im Urlaub aufhält. Tatsächlich hat sich der Kläger in Griechenland schon seit Juni 2000 im Urlaub aufgehalten. Wer mehr als 5 Monate in Griechenland Urlaub machen kann, ist nicht arm, sondern vermögend!
3. Die beabsichtigte Klage, die auch rein vorsorglich nur für den Fall der Bewilligung der Prozeßkostenhilfe erhoben werden soll, bietet keine hinreichende Aussicht auf Erfolg. Denn der Kläger begehrt die Feststellung dahingehend, daß ihm „das alleinige Erfinderrecht zusteht“. Schon aus den eigenen und vom Kläger vorgelegten Anlagen ergibt sich eindeutig und zweifelsfrei, daß - soweit der Kläger überhaupt an der Erfindung Rechte erworben haben sollte, was entschieden bestritten wird - zumindest auch die Beklagten an der Erfindung beteiligt sind. So ergibt sich z.B. aus dem Schreiben des Herrn Dr. Hanke vom 28. Oktober 1999 (Anlage 5 der Klageschrift), daß das Institut dem Kläger maximal einen Anteil in Höhe von etwa 40 % an der Erfindung zubilligt, wobei eine endgültige Prüfung und Einstufung vorbehalten bleibt, insbesondere die Frage, welche Teile überhaupt patentfähig sind.

Schon allein aus diesem vom Kläger eingereichten Unterlagen ergibt sich eindeutig, daß dem Kläger das alleinige Erfinderrecht auf keinen Fall zusteht.

4. Abgesehen davon, daß dem Kläger auf keinen Fall das alleinige Erfinderrecht zusteht, wird entschieden bestritten, daß der Kläger überhaupt eine patentfähige Erfindung gemacht hat. Das Gegenteil ergibt sich eindeutig und zweifelsfrei aus folgenden Fakten.

Aus seinen eigenen Angaben ergibt sich, daß der Kläger lediglich rund 12 Wochen in der Firma INAP GmbH tätig war. Diese maximal 12-wöchige Tätigkeit war nicht geeignet, daß der Kläger irgendeine patentfähige Erfindung machen konnte.

Wesentlich ist in diesem Zusammenhang, daß alle vier Beklagten nicht nur Wochen, sondern Jahre lang in der INAP auf dem Gebiet der Kohlenstoffgegenelektro-dentechnik für Farbstoffsolarzellen tätig waren.

So war beispielsweise der Beklagte zu 3), Herr Dr. Jestel, bereits seit Mitte 1994 auf diesem Gebiet als Abteilungsleiter für Verfahrensentwicklung tätig.

Der Beklagte zu 1), Herr Dr. Uhlendorf, war auf dem vorerwähnten Gebiet bereits seit Herbst 1995 als Abteilungsleiter für Grundlagenentwicklung in der INAP tätig.

Der Beklagte zu 2), Herr Dipl.-Ing. Kückelhaus, war ebenfalls seit Herbst 1995 in dem vorerwähnten Themengebiet bei der INAP tätig und zuvor bereits auf dem Gebiet der Solarzellen bei der Flachglas AG in Gelsenkirchen.

Der Beklagte zu 4), Herr Dipl.-Physiker Klockhaus, war ebenfalls bereits seit Mitte 1995 auf dem Gebiet der Kohlenstoffgegenelektroden für Farbstoffsolarzellen in der INAP tätig.

Zusammenfassend ist also insoweit festzustellen, daß alle vier Beklagte in dem

Themengebiet seit Jahren tätig waren und infolgedessen sie es waren, denen die patentfähige Erfindung zusteht.

5. Die außerordentlich kurze Beschäftigungszeit von lediglich 12 Wochen war praktisch identisch mit der Einarbeitungszeit des Klägers im Unternehmen der INAP GmbH. Es war ihm schon mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit überhaupt nicht möglich, sich „erfinderisch“ zu betätigen, vielmehr diente dieser Zeitraum im wesentlichen dazu, von seinen Vorgesetzten und von seinen Kollegen geschult und eingearbeitet zu werden und mit den Usancen des Unternehmens der INAP GmbH vertraut gemacht zu werden.

In diesem Zusammenhang ist ferner wesentlich, daß im Unternehmen der INAP GmbH bereits seit Anfang 1997 Verfahren zur Herstellung der Kohlenstoffelektrode ohne Brennen verfolgt und verifiziert worden sind.

- Beweis:**
1. Zeugnis des Herrn Dr. Iver Lauermann, Königstraße 13, 14163 Berlin.
 2. Zeugnis der Frau Dr. Regine Niepmann, Scheveninger Straße 68, 45549 Haßlinghausen,
 3. Zeugnis des Herrn Dr. Gerd Chmiel, August-Brust-Straße 32, 48249 Dülmen.
 4. Zeugnis der Frau Dr. Larissa Gloczik, deren ladungsfähige Anschrift noch angegeben wird.
 5. Zeugnis des Herrn Bernd Wölfig, dessen ladungsfähige Anschrift ebenfalls noch angegeben wird.

Von diesen Tätigkeiten und vom Stand der Technik innerhalb der INAP GmbH hat wohl der Kläger ebenfalls Kenntnis erlangt. Das berechtigte ihn aber keineswegs zu glauben und zu behaupten, er sei der Erfinder des im Klageantrag zu 1) angegebenen Gegenstandes, und schon gar nicht ist er der alleinige Erfinder.

Tatsache ist vielmehr, daß die Arbeiten an der Entwicklung des zum Patent ange-

meldeten Systems von den Beklagten und ihren Mitarbeitern anteilig und kontinuierlich entwickelt worden sind. So wurden z.B. die hergestellten Zellen durch die Beklagten und ihre Mitarbeitern impedanzspektroskopisch charakterisiert und ausgewertet. Vornehmlich diese Ergebnisse beeinflussten unmittelbar die Arbeit und Leistung, welche die Basis der Patentanmeldung ist.

Beweis: Zeugnis aller vorerwähnten Zeugen.

Tatsache ist, daß die Ergebnisse und Leistungen, welche Grundlage der Patentanmeldung sind, bereits im Zeitpunkt des Eintritts des Klägers in das Arbeitsverhältnis mit der INAP GmbH in dieser Gesellschaft bereits Stand der Technik waren, daß also alle diese Ergebnisse bereits beim Eintritt des Klägers in das Unternehmen der INAP vorhanden waren, entwickelt in jahrelanger Tätigkeit von den Beklagten.

Beweis: Zeugnis aller vorerwähnten Zeugen.

Insbesondere auch eine Gegenelektrode ohne Brennvorgang war bereits vor Eintritt des Klägers in das Unternehmen der INAP in diesem Hause Stand der Technik.

Beweis: Zeugnis aller vorerwähnten Zeugen.

Aus alledem ergibt sich eindeutig und zweifelsfrei, daß sowohl PKH-Antrag als auch Klage sachlich nicht gerechtfertigt und infolgedessen kostenpflichtig zurückzuweisen sind.

gez. Dr. Wieseler

Dr. Wieseler
-Rechtsanwalt -

5

Dringend

Dr. Georg Mermigidis
Rotkreuzstraße 4
D-73479 Ellwangen/Jagst
Tel. 07961/7751

Katerini, 03.07.01

Urlaubsanschrift:
Dr. Georg Mermigidis
Agiou Dimitriou 72
GR – 60100 Katerini
Tel./Fax: 0030351/35609

An das Landgericht Düsseldorf
- 4. Zivilkammer -
Neubrückstr. 3
D-40213 Düsseldorf

Germany

8506-2980
Tel.: 0049211/83060

Fax: 0049211/8306160

Fax: 9 Seiten

Kopie an:

Anwaltskanzlei
z. H. Walter Venghaus
Am Hülsenbusch 54
D-44803 Bochum

Tel.: 0049234/935620

Fax: 0049234/9356260

Fax: 9 Seiten

Betreff: Klage gegen Miterfinder – Aktenzeichen 4 O 148/01

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit übersende ich Ihnen meine Stellungnahme zum Schreiben der Anwaltskanzlei aus dem Siepen & Kollegen vom 07.06.01 bezüglich der Patentanmeldung PCT/DE 00/02723.

Zu Punkt 1.

Die Beklagten haben nicht das Recht auf Auskünfte über meine persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse.

Zu Punkt 2:

Mein Aufenthaltsort in Griechenland ist keine Luxussuite irgendeines Hotels mit Ausblick auf das Meer, sondern die Wohnung meiner Eltern beziehungsweise die Kaserne in Kalamata (siehe Anlage 1).

Zu Punkt 3.

Herr Hanke nahm es damals schon vorweg, dass mir im Grunde das alleinige Erfinderrecht zusteht. Denn die Anhebung meines Erfinderanteils von ursprünglich 10% (siehe Anlage 2) auf 40% mit der Option auf einer erneuten Überprüfung meines Erfinderanteils nach der Überprüfung der Patentansprüche durch das Patentamt auf Patentierbarkeit, dass er über das Zustande kommen der Erfindung damals, bei der Festsetzung auf 10%, durch seine Mitarbeiter nicht korrekt informiert worden ist.

Dringend

Zu Punkt 4:

Eine Erfindung wird genau genommen innerhalb einer Minute im Kopf gemacht und dies kann sogar außerhalb des Labors unter der Dusche passieren und ist nicht von der Betriebszugehörigkeit abhängig.)

Zu Punkt 5:

Es ist richtig, dass die ersten 8 Wochen meiner Tätigkeit für intensives Patent/Literaturstudium und zum vertraut machen mit den vor Ort vorhandenen Messgeräten die für die Ermittlung des Wirkungsgrades der Solarzelle notwendig waren verwendet wurden.

Falsch ist, dass in der INAP GmbH Verfahren zur Herstellung der Kohlenstoffelektrode **ohne brennen und ohne auffüllen mit Elektrolyt** verfolgt und verifiziert worden sind, zumindest wurden mir keine derartigen Unterlagen trotz mehrmaliger Erkundigung über die Vollständigkeit der mir zur Verfügung gestellten Unterlagen vorgelegt. Alle mir vorgelegten Verfahren hatten den Nachteil, dass ein nachträgliches Brennen und anschließendes Auffüllen der Solarzellen mit Elektrolyt notwendig war!

Hierbei stellt sich dann auch die Frage warum diese angeblich Entwickelten Verfahren nicht bereits schon patentiert worden sind oder zumindest bei der strittigen Patentanmeldung mit patentiert wurden?

In diesem Zusammenhang stellt sich bei mir ebenfalls die Frage, warum mir damals trotz vielversprechenden ersten Versuchsergebnissen (nur geringer Wirkungsgradverlust gegenüber vergleichbaren Solarzellen mit Pt-Gegenelektrode) die im nachhinein von den Mitarbeitern Impedanzspektroskopisch überprüft und bestätigt worden sind, so überraschend gekündigt worden ist und warum man dann auf mein Bitten hin mir diese Erfindung freizugeben man mit einer Patentanmeldung dieser Erfindung seitens der INAP GmbH reagierte obwohl man doch mit meiner Erfindung gänzlich unzufrieden war?

Es stellt sich auch die Frage warum, wenn Ihrer Meinung nach diese Erfindung bereits Stand der Technik ist und man die Fortführung der Patentanmeldung durch die INAP GmbH aufgegeben hat, und die Mitarbeiter anfänglich kein Interesse zeigten die Patentanmeldung weiter zu führen nun unbedingt weiterhin als Erfinder genannt werden wollen?

Die von mir selbständig, alleine und aufbauend auf das in meiner Doktorarbeit erlangte Wissens, durchgeführten Versuche, zum Teil gegen den Widerstand einiger dieser Miterfinder, welche ein Verbessern der Kohlenstoff-Pasten in den von Andreas Kay entwickelten Herstellungsmethode US 5 525 440 A zum Brennen von Kohlenstoff-Gegenelektroden favorisierten, ermöglichten die Anmeldung der dann später wieder freigegebenen Patentanmeldung (Herstellung einer Kohlenstoff-Gegenelektrode ohne dass ein Brennen der Kohlenstoff-Pasten notwendig ist).

Diese Patentanmeldung hat laut Internationalen Recherchenbericht große Chancen patentiert zu werden.

Somit möchte ich das Gericht bitten, den bereits entstandenen wirtschaftlichen Schaden meinerseits (Verlust des Arbeitsplatzes) nicht nochmals durch ungerechtfertigte Ansprüche ehemaliger Mitarbeiter zu verschärfen, indem der Erfolg der PCT Patentanmeldung in USA und Europa mangels Umschreibung gefährdet wird und das genannte Prioritätsdatum aufgrund der Beschwerde der Mitarbeiter beim Deutschen Patentamt durch das Fehlen eines Prioritätsbeleges aberkannt wird.

Ich bitte Sie daher zügig die notwendigen Entscheidungen zu treffen, der Termin für die Einreichung des Prioritätsbeleges beim EP-Patentamt ist der 07.07.01.

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen: 2 Anlagen



Dr. Georg Mermigidis

6



LANDGERICHT DÜSSELDORF

BESCHLUSS

4 O 148/01

In Sachen

des Dr. Mermigidis, Rotkreuzstr. 4, 73479 Ellwangen/Jagst,

Antragstellers,

Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsanwälte Hamm und Man-
ke in Bochum

gegen

1. Dr. Ingo Uhlendorf, Paulinerstr. 13, 458881 Gelsen-
kirchen,
2. Dipl. Betriebswirt Achim Kuckelhaus, Am Stammensberg
14b, 45219 Essen,
3. Dr. Dieter Jestel, Brauckweg 2, 44579 Castrop-
Rauxel,
4. Dipl.-Phys. Matthias Klockhaus, Schonnebeckstr. 11,
45884 Gelsenkirchen,

Antragsgegner,

2

Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsanwälte Aus dem Siepen
& Kollegen in Essen

hat die 4. Zivilkammer des Landgerichts Düsseldorf durch den Vorsitzenden Richter am Landgericht Dr. Kühnen, die Richterin am Landgericht Dieck-Bogatzke und den Richter Dr. Crummenerl am 22. Juni 2001 beschlossen:

Der Antrag des Antragstellers vom 24. April 2001 auf Bewilligung von Prozeßkostenhilfe wird zurückgewiesen.

Die Entscheidung ergeht gerichtsgebührenfrei; außergerichtliche Kosten werden nicht erstattet.

Gründe:

Dem Antragsteller ist die begehrte Prozeßkostenhilfe zu versagen, denn die beabsichtigte Rechtsverfolgung bietet keine hinreichende Aussicht auf Erfolg, § 114 Satz 1 Zivilprozeßordnung (ZPO).

Die beabsichtigte Feststellungsklage ist gemäß § 256 ZPO zulässig, denn die Antragsgegner berühren sich gegenüber dem Kläger der Miterfinderschaft an der der deutschen Patentanmeldung 19 937 910 zugrundeliegenden Erfindung. Der Kläger hat somit ein rechtliches Interesse an der Feststellung, daß er Alleinerfinder an dieser Erfindung ist.

Die Klage hat dennoch kein hinreichende Erfolgsaussicht, weil das Vorbringen des Antragstellers zum einen nicht

schlüssig erkennen läßt, daß er Alleinerfinder der der Schutzrechtsanmeldung vom 10. August 1999 zu Grunde liegenden Erfindung ist. Zum anderen hat er keinen Beweis dafür angetreten, daß er die streitgegenständliche Dienstleistung, die von seiner Arbeitgeberin ursprünglich auf die Erfindungsmeldung vom 2. November 1998 des Antragstellers hin fristgerecht am 26. Februar 1999 in Anspruch genommen (§ 4 ArbNErfG) und von ihr gemäß § 8 ArbNErfG am 15. Mai 2000 schriftlich freigegeben wurde, während seiner Tätigkeit alleine gemacht hat.

Da das Recht an der Erfindung in der Person desjenigen entsteht, dessen schöpferische Tat die Erfindung entspringt, muß sich der Vortrag des Antragstellers auch auf die Umstände des Zustandekommens der Erfindung erstrecken. Hieran fehlt es jedoch.

Wie der Antragsteller selbst vorgetragen hat, ist ihm mit Schreiben vom 28. Oktober 1999 seiner Arbeitgeberin, das Institut für angewandte Photovoltaik GmbH (INAP), ein vorläufiger Erfinderanteil in Höhe von 40 % zugebilligt worden. Inwieweit die Erfindung auf ihn selbst zurückgeht, hat er nicht unter Darlegung der einzelnen Erfindungsschritte vorgetragen.

Dem Vorbringen des Antragstellers läßt sich nur entnehmen, daß er das Verfahren zur Herstellung einer kohlenstoffhaltigen druckfähigen Paste erfunden haben will. Auf ein derartiges Verfahren bezieht sich auch die von dem Antragsteller vorgelegte Erfindungsmeldung vom 2. November 1998 (Anlage 1). Die Patentanmeldung beinhaltet aber ausweislich der vorgelegten Ansprüche nach Anlage 3 über ein Verfahren (Ansprüche 1-13) hinaus auch eine Elektrodenanordnung (Ansprüche 14-17) und eine photoelektrochemische Zelle (Anspruch 18).

Die Antragsgegner bestreiten in rechterheblicher Weise, daß der Antragsteller über den ihm von der INAP zuerkannten Anteil in Höhe von 40 % hinaus Alleinerfinder der der Schutzrechtsanmeldung zu Grunde liegenden Gegenstände ist, und machen ferner geltend, daß der Antragsteller bei der Entwicklung auf ihre Erfahrung und ihr Wissen habe zurückgreifen können und daß erst durch die kontinuierliche und anteilige Weiterentwicklung, zum Beispiel durch die impedanzspektroskopische Auswertung und Charakterisierung der Zellen, die Basis für die Patentanmeldung geschaffen werden konnte.

Der Antragsteller hat zudem keinen Beweis dafür angeboten, daß er Alleinerfinder ist. Auf einen Beweis des ersten Anscheins hinsichtlich seiner Alleinerfindereigenschaft kann der Kläger sich auf Grund der Tatsache, daß er eine Erfindungsmeldung getätigt hat und daß seine Arbeitgeberin, die INAP, die Diensterfindung in Anspruch genommen hat, nicht berufen, da es einen derartigen Anscheinsbeweis hinsichtlich der Alleinerfindereigenschaft nicht gibt (vgl. Bartenbach/Volz, Arbeitnehmererfinderrecht, § 5 Anm. 51.2 - zur Miterfindereigenschaft). Der Erfindungsmeldung, in der der Antragsteller seinen Erfinderanteil selbst mit 100 % angegeben hat, kann somit allenfalls indizielle Bedeutung zukommen.

Dr. Kühnen

Dieck-Bogatzke

Dr. Crummenerl

Ausgefertigt

(Bergmeier)
Justizangestellte
als Urkundsbeämter
der Geschäftsstelle

INGO HAMM
RECHTSANWALT

Anwaltsbüro
Am Hülsenbusch

ANGELIKA MANZKE
RECHTSANWÄLTIN

Am Hülsenbusch 54
44803 Bochum
Tel. 0234 - 935620
Fax 0234 - 9356260

Anwaltsbüro Am Hülsenbusch 54 • 44803 Bochum

Konto:
Ökobank Frankfurt
BLZ 500 901 00
Kto-Nr. 10247136

Landgericht Düsseldorf

Neubrückstraße 3

40213 Düsseldorf

Bochum, den 24.09.2001

Zeichen/Betreff:

Mermigidis / Kückehaus u. a.

wv 98/350

In Sachen
Mermigidis ./: Uhlrendorf u. a.
Az. : 4 O 148/01

erheben wir hiermit

Beschwerde

gegen den Beschluß des Landgerichts Düsseldorf vom 22. Juni 2001 betreffend die Ablehnung der Prozesskostenhilfegesuchs des Klägers

Begründung:

In der Sache geht es um noch verbleibende Erfinderanteile von 35 %. Wie bereits in dem Klageentwurf beschrieben, hat Herr Hanke auf seinen Erfinderanteil, der ihm aufgrund der Aufgabenstellung auch von Seiten des Klägers zugestanden wurde, verzichtet. Da die in Abspruch genommene Erfindung im übrigen allein durch die Entwicklungsarbeiten des Klägers zustande gekommen ist, sind die nun noch strittigen 35 % ihm zuzuteilen.

Wie die in der Anlage übersandte Neuansmeldung PCT/DE0002723 des Klägers aufzeigt, enthält die Neuansmeldung nur noch 10 Patentansprüche. Der Streit ist damit auf die dem Kläger zuzuschreibenden Erfindungsleistungen reduziert.

Zustandekommen der Erfindung

Aufgrund der Themenstellung des Geschäftsführers der IINAP-GmbH, nämlich eine Gegenelektrode aus Ruß herzustellen, die beim Auffüllen mit Farbstoff wenig Farbstoff absorbiert und der bereits geschilderten Problematik beim Füllen der Zellen mit Elektrolyt und den damit verbundenen hohen Anforderungen an die Gegenelektrode, entstand beim Kläger nach intensivem Studium der Literatur, die Idee, gerade abweichend von der bereits existierenden Patenten, vgl. Patent des Andreas Kay, US 5525440 A und US 6069313 (in der Anlage als Kopie) den Ruß nicht mehr wie bisher einzubrennen, sondern den Ruß ungebrannt zu verwenden, um schon vor dem Aufbringen der Kohlenstoffgegenelektrode ein Sensibilisieren der Zellen mit dem hitzeempfindlichen Farbstoff zu ermöglichen.

Dies war eine in Gänze neue Idee, die allein auf dem geistigen Arbeiten des Klägers herrührte.

Um nun eine Gegenelektrode aus Ruß herzustellen, der nicht nachträglich eingebrannt werden muß, ist eine entsprechende Steifheit der Rußpaste notwendig.

Der Kläger konnte mit Hilfe von Ultraschall eine solch ausreichend steife Rußpaste herstellen und sich dabei auf seinen Kenntnisstand, den er sich bei der Erstellung seiner Doktorarbeit.

"Untersuchungen zur substratinduzierten Absorption von Ruß und deren Eignung zum Aufbau einer Dünnschicht-Elektrolytkondensators"

erworben hatte, zurück greifen. Eine Ausfertigung dieser Doktorarbeit ist beigelegt.

Dem Kläger ist es dann, gegen den Widerstand der INAP-Mitarbeiter, die eine solche Verfahrensweise für unmöglich hielten, gelungen eine solche ausreichend steife Rußpaste herzustellen.

Der Kläger konnte wiederum gegen den Widerstand der „Beklagten“ belegen, dass die vom dem Kläger allein entwickelte Paste ihre Steifheit auch bei Beimischung der gängigen Elektrolyte behält (schöpferische Handlung allein des Klägers, die der Erfindung der Paste entspringt)

Damit ist gegenüber den bei der INAP gängigen Verfahren kein Auffüllen der Zelle mit Elektrolyt notwendig.

Die neue allein auf der schöpferischen Tätigkeit des Klägers beruhende Herstellungsweise der Paste verhindert überdies, dass ein erneutes Auffüllen der Zellen mit Elektrolyten notwendig ist, was das zuvor aufgetretene Problem des Einschließens von Luftblasen ebenfalls löste.

Ansprüche 14-17

Im Nachgang zur Erfindung der Paste wurden Abänderungen der bereits als Stand der Technik bekannten Elektrodenanordnung, (Anlage 4) beziehungsweise weitere Ergänzungen notwendig, die ebenfalls allein vom Kläger entwickelt wurden, um zu belegen, dass die neu erfundene Rußpaste als Ersatz für die herkömmliche PtGegenelektrode geeignet ist.

Nachdem dem Kläger so der Nachweis der Eignung unter Hinzuziehung von Wirkungsgradmessungen gelungen war, wurde weiter, insbesondere durch Herrn Uhlendorf angezweifelt, dass die neue Rußpaste zur Herstellung besserer Solarzellen mit höherem Wirkungsgrad geeignet ist. Diese Bedenken konnte der Kläger durch das Aufbringen einer Graphitschicht ausräumen, was wiederum allein auf die Überlegungen des Klägers zurück zu führen war. Auch das Aufbringen der Graphitschicht ist damit allein dem Kläger zuzurechen.

Diesen ganzen Hergang stellen wir unter Beweis durch eidliche Parteivernehmung.

Ich bitte daher, dem Antrag auf Prozesskostenhilfe nunmehr statt zu geben, soweit das Gericht ergänzende Ausführungen für notwendig erachtet, wird um eine entsprechen Mitteilung gebeten.

Walter Venghaus

Rechtsanwalt

Umsatz Details

Konto Nr.: 0209223200 bei Dresdner Bank (BLZ 75080003), GEORG MERMIGIDIS -
Zahlungsverkehrskonto - in EUR

Tag	26.11.2001
Wert	26.11.2001
Buchungstext	M47A11126A805 //
Umsatz	257,56 S EUR

Erstellt: 23:23:52 / 28.11.2001



Dresdner Bank

Die Beraterbank

8

Higher Regional Court of Düsseldorf
2. Civil Division

Sender's address:

40402 Düsseldorf, 14.11.01
Postfach 300210
Fax: 0211/4971 – 548
Phone.: 0211/4971 – 0
Direct Number: 02114971 – 565

Reference Number: 2 W 44/01

(Please quote this number in any communication)

Receiver address:

Herr Rechtsanwalt
Hamm
Am Hülsenbusch 54

44803 Bochum

Dear Mr. Lawyer,

In the matter

Dr. Mermigidis./Uhlendorf and others (2 W 44/01)

I will send you the Fax from your client, dated 13.11.2001.

Please inform your client, that the Division is prepared to confirm in German, language that he has make an intermediate appeal against the order of court from the regional superior court dated 22. June 2001 (reference number: 4 O 148/01), which refuse his petition for lawsuit support and that the higher regional court unit today has not decide about his intermediate appeal against the order of court from the regional superior court dated 22. June 2001 (reference number: 4 O 148/01).

Yours faithfully

Rütz

Judge on the Higher Regional Court of Düsseldorf

Certified

Judicial Officer

Oberlandesgericht Düsseldorf

2. Zivilsenat

8

40402 Düsseldorf, 14:11.01

Postfach 30 02 10

Telefax: 0211 / 4971 - 548

Fernruf: (02 11) 49 71 - 0

Durchwahl: 49 71 - 565

Geschäfts-Nr.: 2 W 44/01

(Bitte bei allen Schreiben angeben!)

Herrn Rechtsanwalt
Hamm
Am Hülsenbusch 54,

44803 Bochum

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt,

in Sachen

Dr. Mermigidis ./.. Uhlrendorf u.a. (2 W 44/01)

übersende ich Ihnen anliegend ein Faxschreiben Ihres Mandanten vom
13.11.2001.

Teilen Sie Ihrem Mandanten bitte mit, dass der Senat bereit ist, in
deutscher Sprache ihm zu bestätigen, dass er gegen den Beschluß des
Landgerichts Düsseldorf vom 22. Juni 2001 (Az: 4 0 148/01) betreffend
die Ablehnung seines Prozeßkostenhilfegesuchs Beschwerde eingelegt hat
und über diese Beschwerde noch nicht entschieden ist.

Mit freundlichen Grüßen

Rütz

Richter am OLG

Beglaubigt

Justizangestellte

Herr Dr. Jestel, Herr Kückelhaus, Herr Klockhaus, Herr Dr. Uhlendorf

c/o Herr Kückelhaus
Am Stammensberg 14 b
45219 Essen

9

Dr. Mermigidis
Rotkreuzstr. 4
73479 Ellwangen/Jagst

Essen, 17.10.01

Patentanmeldung 19 937 910

Miterfinder: Herr Dr. Jestel, Herr Klockhaus, Herr Kückelhaus, Herr Dr. Uhlendorf

Sehr geehrter Herr Dr. Mermigidis,

wir beziehen uns auf den geführten Schriftverkehr zu o.g. Sache sowie insbesondere auf den Beschluss des Landgerichtes Düsseldorf vom 22. Juni 2001 Ihrer Klage nicht stattzugeben und auch Ihre Beschwerde rechtmäßig abzuweisen.

Wir gehen davon aus, dass Sie allein auf Grund des bis kürzlich noch anhängenden Beschwerdeverfahrens unserem Angebot nicht zustimmen konnten.

Wir freuen uns daher Ihnen mitzuteilen, dass wir uns dazu entschlossen haben, unsere Angebotsfrist nochmalig zu verlängern.

Wir möchten Sie daher heute gerne erneut davon in Kenntnis setzen, dass wir weiterhin gegen eine Einmalzahlung der Übertragung unserer rechtmäßig zustehenden Miterfinderanteile auf Ihre Person vom Grundsatz her nicht abgeneigt sind und möchten Ihnen daher diese Übertragung als Gesamtpaket anbieten (alle o.g. Miterfinder treten gleichzeitig ihre Anteile an Sie ab).

Gegen eine einmalige Zahlung in Summe und in Höhe von **6.000 DM** sind alle o.g. Miterfinder einverstanden, einer Übertragung des jeweiligen Erfinderanteils zu Gunsten Ihrer Person zuzustimmen.

Bitte teilen Sie uns bis zum 30.11.01 Ihr Einverständnis zu unserem Angebot mit, an das wir uns bis dahin gebunden halten.

Details zur Abwicklung der Zahlung sowie der Übertragung der Rechte können wir dann gerne separat besprechen. Gerne stehen wir Ihnen darüber hinaus für evtl. Rückfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Herr Dr. Jestel

gez. Herr Klockhaus

gez. Herr Kückelhaus

gez. Herr Dr. Uhlendorf